

25.01.2024

Strukturwandel des Ruhrgebiets:

Lehren, Erkenntnisse und Diskussionsanstöße für die Gestaltung der sozialökologischen Transformation

Ein Thesenpapier von Frederik Moch (DGB-Bundesvorstand), Dieter Scholz (FIA Institut) und Dr. Jörg Weingarten (DGB NRW)

Einleitung

Dekarbonisierung, Digitalisierung, (De-)Globalisierung und demografischer Wandel haben einen tiefgreifende und umfassende Transformationsprozesse unserer Wirtschaft und Gesellschaft in Gang gesetzt. Diese Transformationsprozesse haben erhebliche Auswirkungen auf Beschäftigungsentwicklung, Arbeitsbedingungen und Lebensumstände der arbeitenden Bevölkerung.

Es ist die Aufgabe der Gewerkschaften mit ihrer Organisationsmacht und Mitbestimmung dafür zu sorgen, dass die Stimme und die Forderungen der abhängig Beschäftigten, in den gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Transformationsprozess Einzug erhalten. Kurz gesagt: die wirtschafts- und arbeitspolitischen Forderungen der Gewerkschaften sollen auf den Transformationsprozess nachhaltig Einfluss nehmen, um damit die konkreten Arbeits- und Lebensbedingungen der abhängig Beschäftigten in ihrem Sinn und damit sozial und mitbestimmt zu gestalten.

Wer die Zukunft gestalten will, sollte auch aus der Geschichte lernen. Dementsprechend ist es lohnenswert, die Strukturwandelprozesse der jüngeren Vergangenheit in den Blick zu nehmen. Insbesondere die umfassenden Erfahrungen, die bei der Bewältigung der tiefgreifenden Strukturkrisen an Rhein und Ruhr gemacht worden sind, können als Anhaltspunkt und Projektionsfläche bei der Gestaltung gegenwärtiger Transformationsprozesse helfen.

Dabei ist einerseits interessant, mit welchen Ansätzen und Methoden staatliche Struktur- und Regionalpolitik im Mehrebenensystem gewirkt hat. Andererseits lohnt auch ein Blick auf die Arbeit der Gewerkschaften, die als Anwälte der Beschäftigten deren soziale, wirtschaftliche und kulturelle Interessen vertreten haben. Damit verbunden ist auch eine kritische Betrachtung der Entwicklung sowie eine Reflexion der gewerkschaftlichen Arbeit. Dabei geht es nicht darum, nachträglich als Besserwisser die Geschichte umzudeuten, sondern die reichhaltigen Erfahrungen – positive wie negative – als Ausgangspunkt für wirtschafts- und arbeitspolitisch belastbarer Zukunftskonzepte zu nutzen.

Dreizehn Thesen zum Strukturwandel und erste Ableitungen daraus

Im Folgenden sind die Erkenntnisse aus einer Recherche einschlägiger Literatur sowie einigen durchgeführten Experteninterviews zu Arbeitsthese verdichtet worden:

1. Ambivalente Bilanz des Strukturwandels

Die Bilanz der Bewältigung des tiefgreifenden Strukturwandels im Ruhrgebiet ist zwiespältig. Im internationalen Vergleich mit anderen Montanregionen ist der Strukturwandel im Ruhrgebiet wirtschaftlich gut bewältigt worden. Im nationalen Maßstab hat das Ruhrgebiet seine Bedeutung als führende Industrieregion verloren und belegt heute einen der hinteren Plätze im Ranking ökonomischer Ballungszentren Deutschlands.

Diese Tatsache darf nicht übersehen werden, wenn man sich mit aktuellen politischen Anforderungen an die Wirtschafts-, Finanz-, Industrie- und Strukturpolitik auseinandersetzt. Im Angesicht einer allgemeinen sozial-ökologischen Transformation bestehen die Anforderungen im ganzen Land. Das Ruhrgebiet zeigt: Die Stärke industrieller Wertschöpfung ist nicht in Stein gemeißelt.

Hinweise und „Lessons Learnt“

Das Ruhrgebiet als „Lernort“ für die Auseinandersetzung und den Umgang mit Strukturkrisen und -brüchen ist nach wie vor von aktuellem Interesse und sollte angesichts der umfassenden Herausforderungen einer sozial-ökologischen Transformation als „Wissensspeicher“ analytisch und politisch auch zukünftig genutzt werden.

Gleichwohl liefert auch das Ruhrgebiet keine „Kochrezepte“ für sektorale und regionale Strukturpolitik so-wie für Transformationsprozesse, die abhängig von Branche und Region immer spezifischen Bindungen unterliegen. Dennoch ist eine weitere Beschäftigung mit dem Strukturwandel des Ruhrgebiets als Referenzrahmen für die gegenwärtige Transformation sinnvoll.

2. Dienstleistung statt Leitindustrien

Kernproblem des Strukturwandels im Ruhrgebiet ist, dass die ökonomische Stärke, Leistungsfähigkeit und Dynamik einer über Jahrzehnte bestehenden Montanwirtschaft industriepolitisch nicht ersetzt werden konnte. Der industrielle Besatz der Region ist heute auch zu klein, um einen starken innovativen und industrienahen Dienstleistungssektor aufzubauen. Ein hoher Anteil öffentlicher und halb-öffentlicher und privatwirtschaftlicher Dienstleistungen sowie die sich seit den späten 1960er Jahren etablierte Hochschul- und Forschungslandschaft sind daher sowohl struktur- wie arbeitsmarktpolitisch von erheblicher Relevanz.

Hinweise und „Lessons Learnt“

An die Stelle einer dominierenden industriellen Leitwirtschaft hat sich die Wirtschaftsstruktur im Ruhrgebiet sehr weit ausdifferenziert, was aus heutiger Perspektive überwiegend positiv interpretiert wird. Die Wirtschaftsstrukturen werden dadurch grundsätzlich als weniger krisenanfällig beschrieben, was immer wieder im Sinne eines „Frühwarnsystems“ zu überprüfen ist.

Parallel dazu ist die sozialräumliche Struktur der Region viel weiter ausdifferenziert, deutlich inhomogener und auch polarisierter geworden. Daraus leitet sich die Erkenntnis ab, dass die Diversifizierung monostruktureller Wirtschaftsstrukturen im Sinne einer Bewältigung von Strukturkrisen und einer verbesserten Krisenresilienz ein notwendiger und sinnvoller Weg sein kann, dessen Gelingen allerdings an Bedingungen gebunden ist.

Das sind:

1. Innovationskraft – Unternehmen, Staat und auch Gewerkschaften
2. Nachhaltigkeit der neuen Strukturen
3. Endogene Potentiale heben, um Stärken der Region zu stärken und Kohäsion zu fördern
4. Solide Finanzen öffentlicher Haushalte

Für Gewerkschaften ist es wichtig, den öffentlichen Diskurs in diesem Sinn wesentlich mitzubestimmen.

3. Aktiver Staat zur Bewältigung Strukturwandel unerlässlich

Ohne massive staatliche Interventionen wäre selbst das heute im Ruhrgebiet erreichte Niveau der Bewältigung des Strukturwandels nicht möglich. Der Markt allein regelt diese Prozesse nicht, wie auch die internationalen Vergleiche, gerade im angelsächsischen Raum, zeigen.

Dort, wo negativen Folgen des Strukturwandels erfolgreich entgegengetreten werden konnte, spielen staatliche Interventionen in Wissenschaft und Forschung, Infrastrukturentwicklung, Renaturierung, Subventionierung von Investitionen und Innovationen, Unternehmensgründungen sowie Arbeitsmarktpolitik und Sozialpolitik eine entscheidende Rolle.

Strukturwandel, der im Allgemeininteresse reguliert werden soll, braucht einen aktiven Staat. Allerdings dürfen dabei Gefahren der Fehlallokation im Sinne von Sozialisierung der Verluste und Privatisierung der Gewinne nicht aus den Augen verloren werden.

Hinweise und „Lessons Learnt“

Zu einem aktiven Staat, der wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Brüchen entgegensteuert, gehören eine proaktive Struktur- und Industriepolitik, handlungsfähige Kommunen mit entsprechenden Ressourcen und Finanzen, eine funktionsfähige Daseinsvorsorge sowie eine hohe intra-regionale Kooperationsbereitschaft.

Das Ruhrgebiet zeigt, dass die schwindende Finanzkraft der Kommunen sowie ihre geringe Kooperationsbereitschaft zusätzliche Hürden bei der Bewältigung des Strukturwandels gesetzt hat. Politische Mittel des Gegensteuerns ist der als Klammer wirkende Regionalverband Ruhr mit seiner Regionalplanungskompetenz sowie das neu geschaffene und demokratisch legitimierte Ruhrparlament.

Der DGB ist beratendes Mitglied des Parlamentes und speist Anregungen und Positionen zudem über Beteiligung in Ausschüssen ein. Die die Politik im Ruhrgebiet über lange Zeit prägende Kultur der Montanmitbestimmung entspricht diese Beteiligung der Gewerkschaften aber nur sehr bedingt. Es wäre zu diskutieren, ob die Herausforderungen der Transformation nicht Formen überbetrieblicher Mitbestimmung erfordern, wie sie in den Gewerkschaften jahrzehntelang Programm waren – auch ganz im Sinne der Unterstützung eines aktiven Staates.

4. Kultur der Montanmitbestimmung lange prägend

Das Ruhrgebiet ist historisch betrachtet ein zentraler Kampfplatz zwischen Kapital und Arbeit. Zentrale Auseinandersetzungen zur Regulierung industrieller Beziehungen in der Bundesrepublik fanden nach 1945 im Ruhrgebiet statt. Dieses historische Erbe insbesondere in Form der Montanmitbestimmung spielte auch in späteren strukturpolitischen Auseinandersetzungen in der Region eine zentrale Rolle.

Die Kultur der Montanmitbestimmung wirkte lange Zeit über die Betriebe hinaus und beeinflusste die Art und Weise politischer Willensbildung in Kommunen und der Landesregierung. Die Montanmitbestimmung hat durch den Strukturwandel aber erheblich an Bedeutung in der Ökonomie und der politischen Kultur der Region verloren.

Hinweise und „Lessons Learnt“

Sowohl in ihrer Entstehung wie auch in ihrer Praxis lehrt die Montanmitbestimmung, dass ihre Wirksamkeit eine starke gewerkschaftliche Organisationsmacht zur Bedingung hat. Neue, auch überbetriebliche Kooperationsformen, wo immer sie sich im Prozess des Strukturwandels politisch bilden mögen, müssen vom gewerkschaftlichen Standpunkt diese Tatsache immer mit im Blick haben.

Neue Ansätze der Mitgliedergewinnung kommen in diesem Zusammenhang eine hohe Bedeutung zu, die der DGB in enger Kooperation mit den Gewerkschaften unterstützen sollte. Ohne Organisationsmacht können die Möglichkeiten der Mitbestimmung nicht ausgeschöpft werden und die politischen Einflussmöglichkeiten der Gewerkschaften werden stark begrenzt.

5. Gewinnung von Zeit für soziale Regulierung

Durch einen hohen Organisationsgrad in der Montanindustrie, die Existenz der Montanmitbestimmung und unterschiedliche Formen des Widerstandes, waren die zuständigen Industriegewerkschaften ein wesentlicher Machtfaktor in der Auseinandersetzung mit dem Strukturwandel ihrer Branchen.

Diese Macht konnte im Prozess des Strukturwandels insbesondere zum Gewinn von Zeit eingesetzt werden, in der arbeitsmarkt- und sozialpolitische Regelungen für Betroffene des Strukturwandels durchgesetzt werden konnten. Im Bergbau ist die Vermeidung „des Falls ins Bergfreie“ sprichwörtlich und auch vorbildlich und sollte auch heute als Benchmark in allen Branchen gelten.

Hinweise und „Lessons Learnt“

Gewerkschaften setzen sich insbesondere aus den Erfahrungen der Vergangenheit heute für einen sozialen, ökologischen und demokratischen Transformationsprozess ein. Die soziale Regulierung dieses Prozesses muss zu einer präventiven, beteiligungsorientierten Strukturpolitik erweitert werden, die sich am Ziel Gute Arbeit, soziale Sicherheit und ökologische Nachhaltigkeit orientiert. Hierfür sind politische Leitplanken zu formulieren, die den Einsatz öffentlicher Steuermittel von diesen Zielen abhängig machen. Darüber hinaus müssen sich Gewerkschaften an der Entwicklung weiterer Instrumente und deren Umsetzung stark machen.

Vorstellbar sind z. B. betriebliche, sektorale oder überbetriebliche Transformationsräte, in denen mit externer Unterstützung Analysen mit Vorschlägen für konkrete stoffliche Entwicklungsprozesse und eine umfassende soziale Sicherung entstehen können. Hierzu gehört auch die Einbeziehung wissenschaftlicher Diagnosen zum zukünftigen Transformationsbedarf, zur Entwicklung der jeweiligen Branchenstruktur und zu den Perspektiven der Region. („Shared Diagnosis“ mit den Beteiligten).

Entscheidend ist, dass Beschäftigte zu Akteuren der Veränderung bzw. selbst zu Gestaltern werden können. Vorstellungen von einer „beteiligungsorientierten Regionalpolitik“, die in der Wirtschaftspolitik wieder zunehmend thematisiert werden, bieten hierfür Ansatzpunkte. Die Qualität der Arbeitsplätze, ein sicheres Einkommen, Verlässlichkeit und Vertrauen schaffen bei den Menschen Zuversicht. Dies ist notwendig, weil sonst in abgehängten Regionen viele Menschen ihr Vertrauen in die Demokratie und ihre Institutionen verlieren und sich von ihr abwenden.

6. Arbeitsmarktpolitische Innovationen im Bündnis mit Wissenschaft

Im Bereich der Arbeitsmarktpolitik haben die Ruhrgebietsgewerkschaften, im Bündnis mit Vertreter/innen wissenschaftlicher Einrichtungen der Region, neue arbeitsmarktpolitische Konzeptionen und Initiativen entwickelt, die im Lauf der Zeit wesentliche Bedeutung über die Region hinaus erlangt haben. Strategische Ansätze wie „Qualifizieren statt Entlassen“ und deren Institutionalisierung in unterschiedlichsten Konstruktionen von Beschäftigungsgesellschaften und auch Beschäftigungspläne haben ihren Ursprung in der Auseinandersetzung der Gewerkschaften mit der Strukturkrise im Ruhrgebiet. Regionale arbeitsmarktpolitische Bündnisse für eine soziale Stadtentwicklung z. B. mit ABM-Maßnahmen, haben diese Politik ergänzt. Ziel dieser Politik war es, Menschen, die ihren Arbeitsplatz verlieren, vor Arbeitslosigkeit zu schützen und Ihnen aus einer sozial gesicherten Position heraus neue Beschäftigungsmöglichkeiten insbesondere durch Qualifizierung zu ermöglichen. Vielen – nicht allen – Menschen konnte auf diesem Weg eine neue berufliche Perspektive eröffnet werden. In Folge der strukturpolitischen und arbeitsmarktlichen Verwerfungen, konnte sich im Ruhrgebiet ein engmaschiges Netz arbeitsorientierter Forschungsinstitute entwickeln (z. B. IAT, IAQ, SfS Dortmund, Kooperationsstelle IGM/RUB). Diese Einrichtungen helfen bis heute dabei, Erkenntnisse angewandter Wissenschaft mit gewerkschaftlicher Strategiebildung und Praxis zu verzahnen.

Hinweise und „Lessons Learnt“

Die Kooperation von angewandter Wissenschaft und Gewerkschaften ist ein wertvolles „Erbe“ aus der Geschichte des Strukturwandels im Ruhrgebiet. Ein wichtiges Handlungsfeld bleibt dabei das Thema Qualifizierung. Arbeitsmarktpolitische Instrumente und Bündnisse müssen vor dem Hintergrund eines umfassenden Qualifizierungsbedarfs in Folge der Transformation und des bereits bestehenden Fachkräftemangels neuformiert bzw. weiterentwickelt werden. Beispielsweise könnte das Konzept der betrieblichen Transfergesellschaften für eine umfassende Transformation regional ausgebaut werden. In diesem Sinne müssten frühzeitige Kooperationsmodelle zwischen abgebenden und aufnehmenden Branchen und Betrieben etabliert werden. Unterstützung kann durch den Aufbau von Qualifizierungsagenten und Transformationslotsen sichergestellt werden.

Denn die Dekade der Transformation wird auch eine Dekade der Qualifizierung sein müssen. Dabei erfordert die zunehmende Komplexität der Arbeitswelt neue Fähigkeiten, Qualifikationen und Rechte wie Mitbestimmung in Qualifizierungsfragen und Zeitressourcen für Weiterbildung. Zu beantworten ist, wie zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit, Anforderungen des Strukturwandels mit den jeweiligen individuellen Fähigkeiten von Menschen in Einklang gebracht werden können und welche Qualifikationen und Ressourcen dazu notwendig sind. Dabei spielt die betriebliche Ebene eine zentrale Rolle. In diesem Sinne fordert der DGB ein generelles Initiativ- und Mitbestimmungsrecht bei der Ein- und Durchführung von betrieblichen Weiterbildungsmaßnahmen, das auch über eine Einigungsstelle erzwingbar ist. Darüber hinaus hat auch in Zukunft die Kooperation mit der Arbeitswissenschaft eine hohe Relevanz.

7. Gewerkschaften: Priorität soziale- und arbeitsmarktpolitische Regulierung

Trotz starker Organisationsmacht und Montanmitbestimmung war gewerkschaftliche Politik in der Auseinandersetzung mit dem Strukturwandel hauptsächlich auf die soziale und arbeitsmarktpolitische Regulierung seiner beschäftigungspolitischen Folgen ausgerichtet. Die Möglichkeiten wirtschaftspolitischer Einflussnahme zur unmittelbaren Gestaltung des Strukturwandels waren sehr begrenzt und mitbestimmungspolitisch nicht möglich.

Eine Ausnahme bilden hier möglicherweise die Ruhrkohle AG und der Stahlkonzern Thyssenkrupp, die beide von gewerkschaftlicher Organisationsmacht, starken Führungspersönlichkeiten und Mitbestimmungskulturen geprägt sind, in denen die Gewerkschaften über sozialpolitische Belange hinaus auch Einfluss auf die Unternehmenstätigkeit jenseits formalrechtlicher Voraussetzungen nehmen können.

Hinweise und „Lessons Learnt“

Ausgehend vom vormaligen Verständnis eines strukturpolitischen „Reparaturbetriebs“ sollte heute das Konzept einer präventiven Strukturpolitik stärker entwickelt und regional verankert werden (siehe auch Punkt 5). Dazu sind Forderungen und erste Ansätze wie regionale Transformationsnetzwerke ein guter erster Schritt, es kann auch auf neue regionale Innovationsstrategien, wie „Smart Spezialisierung“ und bestehende Clusterinitiativen, ausgedehnt werden.

Wichtig dazu ist es aber auch, sich gewerkschaftsseitig mit neuen Konzepten der Struktur- und Regionalentwicklung inhaltlich auseinanderzusetzen und eigene Kompetenzen in diesen Themen zu stärken. Zugänge zu Debatten, Einfluss auf Entscheidungsstrukturen zu nehmen, das kann unabhängig von formalrechtlichen Voraussetzungen auch durch die Nutzung gewerkschaftlicher Diskursmacht, Kompetenzstärkung und eigene fachliche Beiträge erfolgen. Die frühere Initiative der IG Metall „Besser statt billiger“, die Initiative Wirtschaft und Arbeit 4.0, das KI-Zukunftszentrum in NRW und auch die Arbeit der Technologieberatungsstelle (TBS) des DGB NRW belegen dies.

8. Entscheidende Akteure Kapital und Staat

Machtpolitisch konnten die Gewerkschaften auf den Strukturwandel im Ruhrgebiet, dank Organisationsstärke und Mitbestimmung, über einen längeren Zeitraum mehr Einfluss nehmen, als das in anderen Regionen der Republik gelang. Dabei spielte die staatlich geförderte Existenz einer arbeitsorientierten Wissenschafts- und Beratungsinfrastruktur zur Unterstützung der Gewerkschaften insbesondere im Bereich der Arbeitsmarktpolitik und der Betriebsräteberatung eine wesentliche Rolle.

Eine vergleichbare Infrastruktur in Größe und Qualität existierte in anderen Bundesländern nicht. Die entscheidenden Akteure im Strukturwandel waren aber dennoch Kapital und Staat mit ihrer Entscheidungsmacht über Investitionen und Innovationen. Einzelne arbeitspolitische Vorstöße im Bereich der Konversion scheiterten an diesen Machtverhältnissen. Eine begrenzte Einflussnahme war für Gewerkschaften im Bereich öffentlicher Investitionen durch politische Mandate in kommunalen Körperschaften in Verbindung mit Parteimitgliedschaften möglich.

Hinweise und „Lessons Learnt“

Die etablierten und gut ausgebauten Strukturen der arbeitsorientierten Forschung und Beratung bestehen in NRW weiterhin, der gezielte Austausch zwischen diesen und weiteren Akteuren muss aber in Zeiten der Transformation verstärkt werden. Da auch in diesen Einrichtungen der demographische Wandel und die Gewinnung von eigenen Fachkräftefragen ein Thema ist, muss die Nähe zu gewerkschaftlichen Akteuren, ihren Positionen und Forderungen kontinuierlich auf- und ausgebaut werden. Gleiches gilt für die Netzwerkarbeit der Gewerkschaften in Richtung der arbeitsorientierten Forschung und Beratung.

Fragen der Umstellung und Neuausrichtung der Produktion (damals Konversion) gewinnen in Zeiten der Energie- und Mobilitätswende (heute Diversifikation) deutlich an Bedeutung. Dazu müssen Konzepte zur Bewältigung eines Übergangs ohne Brüche gefunden werden. Das betrifft auch Fragen von Finanzierungsinstrumenten zur Unterstützung der Transformation (z. B. Fondsmodelle), der betrieblichen Strategiefindung bei starker Mitbestimmung und der Qualifizierung der Belegschaften. Deshalb muss der fachliche Austausch und die Zusammenarbeit mit Fachexperten - auch außerhalb des engeren gewerkschaftlichen Umfelds - gesucht und weiter ausgebaut werden. Fazit: Eine stärkere gewerkschaftliche Einflussnahme auf die Prozesse der Transformation erfordert, neben der klassischen Organisationsmacht, die Aneignung von spezifischen Kompetenzen und Wissen, was durch den gezielten Aufbau von Wissensallianzen unterstützt werden muss.

9. Neue Wirtschaftsstrukturen ohne prägenden gewerkschaftlichen Einfluss

Ansätze und Initiativen gewerkschaftlicher Strukturpolitik haben in der Regel in betrieblichen Standortkonflikten ihre Ursachen. Dieses Politikmodell war lange Zeit auf den Erhalt und Ausbau von Arbeitsplätzen in bestehenden Betrieben und Branchen und damit sektoral ausgerichtet. Perspektiven, die sich im Rahmen kommunaler Interessenvertretung durch regionale Strukturpolitik eröffnen könnten, wurden gewerkschaftlich nur in wenigen Fällen genutzt.

Regionale Leitbilder, die Entwicklung „endogener Potentiale“ oder auch Ansiedlungspolitik waren wenig im Focus gewerkschaftlicher Strukturpolitik. Regionale Aktivitäten bezogen sich eher auf arbeitsmarktpolitische und soziale Initiativen. Die wirtschaftlichen Strukturen des Ruhrgebiets, wie sie sich heute darstellen, sind in ihrem weit größten Teil unabhängig von wirtschaftspolitischer Einflussnahme der Gewerkschaften entstanden, was natürlich auch an den Grenzen betrieblicher Mitbestimmung und dem Fehlen überbetrieblicher Mitbestimmung liegt.

Hinweise und „Lessons Learnt“

In der Vergangenheit ist es dem DGB in Teilen schwergefallen, sich in neue, stark wissens- und clusterbasierte Strategien der Regionalentwicklung konstruktiv einzubringen und diese Themen auch regional zu bearbeiten. Das gleiche gilt für Diskurse zu „Kreativen Milieus“ oder der vielfachen Fokussierung und Förderung von Strategien einer innovationsbasierten Regionalentwicklung.

Die formale Beteiligung an strukturpolitischen Gremien, wie dem Aufsichtsrat der ZRR oder dem Strukturstärkungsrat im Ruhrgebiet, bieten neue und formal etablierte Möglichkeiten, regionalwirtschaftliche Debatten strukturiert führen zu können und auf Förderinstrumente und Bewilligungen Einfluss zu nehmen.

Gleichzeitig ergeben sich Chancen durch eigene oder Netzwerk-Initiativen, wie im „Bündnis Strukturwandel gestalten“ mit der IHK Mittlerer Niederrhein und der DGB Region Düsseldorf – Bergisch Land, Positionierungen zu beziehen aber auch gute Initiativen zu entwickeln und zu fördern. Wichtig ist zudem, die eigene Wissens- und Akteursbasis zu Fragen der Regionalentwicklung und Transformation zu stärken. Dabei kann die Entwicklung eigener, regionaler Leitbilder ein sinnvolles Instrument sein. Dennoch gibt es Grenzen der Einflussnahme, auch aus Gründen mangelnder Ressourcen.

10. Objektive Grenzen gewerkschaftlicher Einflussnahme

Bei dieser Einschätzung ist zu berücksichtigen:

Die Bewältigung des Strukturwandels im Ruhrgebiet trifft auf unterschiedliche Widerstände, die von Gewerkschaften kaum beeinflusst werden können.

Dazu zählt insbesondere die politische Durchsetzung eines rigorosen Wettbewerbsregionalismus zwischen regionalen Gebietskörperschaften und deren hohe Verschuldung, die eine gezielte regionale Wirtschaftspolitik einschränkt bzw. unmöglich macht und generell eine Ordnungspolitik, die in den letzten drei Jahrzehnte zunehmend auf Privat vor Staat setzt und damit die Bekämpfung von Krisenprozessen insbesondere auch in Regionen ökonomisch, arbeitsmarktpolitisch und sozial erschwert. Makroökonomische Problemstellungen wie die Globalisierung und die weltweite Dominanz der Finanzmärkte als Determinanten regionaler Entwicklungsmöglichkeiten sind dabei noch nicht mal berücksichtigt.

Hinweise und „Lessons Learnt“

Einhergehend mit dem Paradigmenwechsel vom strukturpolitischen Ausgleichs- hin zum Wachstumsziel sowie der Erosion der institutionalisierten Beteiligung in der ehemals regionalisierten NRW-Strukturpolitik, sind die gewerkschaftlichen Einflussmöglichkeiten geschrumpft.

Wenn solche, lange Zeit etablierten Einflussmöglichkeiten, durch veränderte Paradigmen, Prioritäten und Politiken auf EU, Bundes- und Landesebenen formal wegbrechen, ist neben politischer Einflussnahme und Bekämpfung von Fehlentwicklungen eine aktivere, gewerkschaftliche Strukturpolitik gefordert, die gerade auch neue Themen aufgreift und sich fachlich stark einbringt (siehe vorherige Anmerkungen). Wenn sich dabei die Möglichkeit ergibt, gewerkschaftliche Positionen durch Bündnisse und Kooperationen mit anderen politischen Akteuren zu stärken, sollte dies aufgegriffen werden.

Da eine regionale und arbeitsorientierte Strukturpolitik in ihren Handlungsspielräumen durch eine neoliberale Wirtschaftspolitik auf übergeordneten politischen Handlungsebenen begrenzt wird, muss sie eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit diesen Paradigmen miteinschließen, sie offensiv im politischen Raum kritisieren und für makroökonomische Alternativen eintreten.

11. Umwälzung der regionalen Gesamtarbeit

Strukturkrisen und Strukturwandel haben im Ruhrgebiet zu einer grundlegend Umwälzung der regionalen Gesamtarbeit geführt. Das Beschäftigungsniveau von zwei Millionen Arbeitsplätzen konnte zwar erhalten werden, was allerdings noch nichts über die Qualität der Arbeit und ihre regionale Gesamtstruktur aussagt. Ihre Zusammensetzung hat sich grundlegend verändert. An die Stelle einer sozial regulierten und relativ homogenen, männlich geprägten Industriearbeit, ist eine ausdifferenzierte Struktur von Dienstleistungstätigkeiten getreten, die von einer deutlich stärkeren qualifikatorischen und sozialen Polarisierung gekennzeichnet sind. Sie weisen einen deutlich höheren Anteil an Frauenerwerbstätigkeit auf.

Nicht in allen Teilen des Ruhrgebiets konnten die verlorenen Industriearbeitsplätze durch neue Dienstleistungstätigkeiten ersetzt werden, was zu einer überdurchschnittlichen Arbeitslosigkeit und insbesondere Langzeitarbeitslosigkeit führt. Die Umwälzung der regionalen Gesamtarbeit mit neuen Arbeitskulturen und Beschäftigtenmilieus hatte insgesamt negative Auswirkungen auf die Organisationsmacht der Gewerkschaften.

Hinweise und „Lessons Learnt“

Sinkende gewerkschaftliche Bindung u. a. als Folge der De-Industrialisierung, die Verschiebung von sozialen Milieus und die Erosion der Tariflandschaft stellen echte Herausforderungen dar, die beschriebene Widerstands- und Gestaltungskraft der Gewerkschaften aufrecht zu erhalten und besonders für die anstehenden Aufgaben der Transformation nachhaltig weiterzuentwickeln. Dazu müssen neu entstehende Branchen wie etwa in der IT-Branche, bei wissensbasierten Dienstleistungen und anderen Tech-Branchen gewerkschaftsseitig gezielt erschlossen werden (siehe auch Punkt 4).

Die Gefahr der Prekarität bei entstehenden Neu- und Ersatzarbeitsplätzen darf keinesfalls widerstandslos hingenommen werden. Diese Arbeitsplätze müssen vielmehr wertig, tarifgebunden und mitbestimmt sein. Deshalb ist es wichtig, Maßnahmen der Wirtschaftsförderung und der öffentlichen Auftragsvergabe an Tarifgebundenheit und weiteren Kriterien „guter Arbeit“ zu koppeln, was politisch auch kontrolliert werden muss. Eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung zur Tarifsituation in NRW zeigt, dass tarifgebundene Beschäftigte im Schnitt 20 % mehr verdienen als Arbeitnehmer/innen ohne Tarifbindung. Durch diese Hebel können auch wirtschaftliche Kreisläufe, Kaufkraft und Binnenkonsum in der Region gehalten aber auch der Einfluss von Gewerkschaften auf Fragen der Regionalentwicklung durch eine starke Organisationsstruktur erhöht werden.

12. Notwendigkeit. Demokratisierung in der Wirtschaft

Die begrenzte unmittelbare ökonomische Einflussnahme der Gewerkschaften auf den Strukturwandel im Ruhrgebiet wirft angesichts aktueller Herausforderungen die Frage auf, ob die Forderung nach mehr wirtschaftlicher Mitbestimmung in Betrieben und die Demokratisierung wirtschaftlicher Entscheidungen in Staat und Gesellschaft nicht wieder verstärkt auf die politische Agenda der Gewerkschaften gehört.

Hinweise und „Lessons Learnt“

Die sozial-ökologische Transformation unserer Wirtschaft ist in vollem Gange und wird weiter an Tempo aufnehmen. Durch diese Entwicklungen entstehen neue Branchen und Märkte, andere verschwinden. Die radikale Veränderung von Wirtschaft und Arbeitswelt verlangt nach einer Neubewertung wirtschaftsdemokratischer Konzepte und neuer Regeln für die Mitbestimmung. Nur mit einer starken Beteiligung der Beschäftigten, können wir die Zukunft sozial gerecht gestalten. Auf neue Formen der Arbeit müssen wir politisch reagieren. Ohne die Kompetenz und Beteiligung der Beschäftigten wird die sozial-ökologische Transformation nicht gelingen. Die Mitbestimmung auf betrieblicher und Unternehmensebene braucht ein Update, damit wir langfristig gute Arbeit sichern und der Transformation unserer Wirtschaft zusätzlichen Rückenwind geben können.

Aus diesem Grund ist der Ausbau der Mitbestimmung insbesondere in betriebswirtschaftlichen und unternehmensstrategischen Fragen von zentraler Bedeutung, wenn es um die langfristige Sicherung und Entwicklung von Unternehmensstandorten und den damit verbundenen Arbeitsplätzen durch innovative und klimaneutrale Geschäftsmodelle geht. Dieser Nachhaltigkeitsgedanke, der sich aus der Langfristperspektive der abhängig Beschäftigten im Hinblick auf ihren Arbeitsplatz ergibt, ist durch zahlreiche Untersuchungen empirisch belegt worden. Deshalb braucht es nicht weniger als mindestens eine „Montanmitbestimmung für die sozial-ökologische Transformation“. Diese könnte in Zeiten eines ausufernden Finanzmarktkapitalismus den Faktor Arbeit im Verhältnis zum Kapital stärken und den Beschäftigten auf Grundlage ihrer Organisationsmacht eine bessere Interessenvertretung und Partizipation an wirtschaftlichen Entwicklungen ermöglichen.

Wichtige Weichenstellungen für das Gelingen der Transformation werden zudem auf regionaler Ebene gesetzt. Deshalb müssen auch Initiativen überbetrieblicher und regionaler Mitbestimmungsformen für die Gestaltung regionaler Strukturentwicklungsprozesse gestärkt werden. Diese kann beispielsweise in neu geschaffenen Transformationsräten erfolgen oder in bestehenden Gremien (Regionalbeiräte, Steuerungskreise oder tripartistischen Bündnisstrukturen) erfolgen. Gewerkschaftliche Leitbilder sollten nicht allein das „Wie“ der Arbeit, sondern auch über das „Was“ umfassen und die Orientierung an den Leitprinzipien von Kooperation und Solidarität aufgreifen.

13. Was wäre, wenn...

Was hätte eine stärker wirtschaftspolitische Einflussnahme der Gewerkschaften auf den Strukturwandel im Ruhrgebiet bedeutet?

Einen höheren Industriebesatz u. a. durch Neoindustrialisierung, ein besseres Verhältnis von Industrie und qualifizierten Dienstleistungen, eine bessere Infrastrukturentwicklung? Einen öffentlichen Sektor ohne Personalabbau und Sparhaushalten, ein besseres Bildungs- und Ausbildungssystem, eine öffentliche Wissenschafts- und Forschungsinfrastruktur zur Förderung von Zukunftsinnovationen, die bisher an privaten Verwertungsinteressen scheitern und last but not least Fortschritte in Richtung einer sozialen und ökologischen Wirtschaft mit Gute Arbeit und kaum prekäre Beschäftigung incl. Leiharbeit?